



Nr. 249.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

93. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einspaltige Zeile 12 Pfg., außerhalb desselben 15 Pfg., Restanten 80 und 85 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme 4 Uhr vormittags. Fernsprecher 9.

Mittwoch, den 23. Oktober 1918.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtlohn RM. 2.25 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- und Nachbarortsbereich RM. 2.15, im Fernbereich RM. 2.25. Bestellgeld in Württemberg 30 Pfg.

Wachsender deutscher Widerstand an der gesamten Kampffront.

Der Charakter der deutschen Antwortnote. Die beabsichtigten Verfassungsänderungen.

Wer geglaubt hatte, die neue deutsche Volksregierung werde auf die zweite Note aus Washington, die in anmaßender Weise sich herausnahm, das deutsche Landheer und die deutschen U-Bootbesatzungen der Barbarei zu beschuldigen (während gerade auf der gegnerischen Seite Tausende von Fällen gemeiner Behandlung unserer Gefangenen und heimtückischer Ermordung — Baralonggeist — sowie der bewußten Gefährdung eigener Bundesgenossen ohne Not festzustellen sind,) etwa in untertäniger Form noch sich entschuldigen und „Abhilfe“ versprechen, der war angenehm enttäuscht, durch den festen Ton, mit dem die deutsche Antwort die frechen Beschuldigungen zurückweist. Aber um der Welt zu zeigen, daß wir nicht nötig haben, vor einem objektiven neutralen Urteil zurückzuschrecken, wird auch gleichzeitig vorgeschlagen, eine Kommission mit der Untersuchung der Berechtigung dieser Vorwürfe zu beauftragen. Was nun die Bedingungen des Waffenstillstandes anbelangt, so erklärt sich die deutsche Regierung damit einverstanden, daß vor Eintritt des Waffenstillstandes Garantien geschaffen werden, die die gegenwärtige Ueberlegenheit der Ententeheere sicherstellen, und wünscht, daß eine Gelegenheit gegeben werde, um die Einzelheiten dieser (sehr komplizierten) Frage zu besprechen. Daß man aber keineswegs geneigt ist, bedingungslos auf etwaige Forderungen der militärischen und politischen Führer der Entente einzugehen, die uns der Gnade des Gegners ausliefern würden, das sagt die deutsche Note in nicht misszuverstehender Weise durch die Wendung: Die deutsche Regierung vertritt darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Forderung gutheißen wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar wäre. Also schimpfliche Bedingungen wie etwa den Rückzug hinter den Rhein und die Befreiung unserer rechtsrheinischen Industriegebiete durch neutrale Besatzungsheere oder die Entlassung von militärischen Führern, Auslieferung der U-Bootflotte und was alles von der im Siegestaumel befindlichen Gegenseite verlangt wird, werden von vornherein abgelehnt, und die deutsche Note deutet auch an, daß wir nur zur Räumung der besetzten Gebiete bereit sind, und zur Annahme von Bedingungen, die das gegenwärtige Kräfteverhältnis garantieren, wenn die Forderungen nicht die Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit gefährden. So fassen wir den Sinn der oben wiedergegebenen, in eine Vertrauensfrage umgewandelten deutschen Forderung auf. Also ohne Besprechungen und ohne Sicherungen auch hinsichtlich der Lebensbedingungen werden wir keinen Waffenstillstand schließen, der uns wehrlos dem Gegner preisgeben würde. Dieses Vertrauen dürfen wir zur neuen Regierung unbedingt haben, die ihre Entscheidungen auch nicht ohne Zustimmung der militärischen Stellen, des Generalstabs und des Admiralstabs, trifft.

Auch über die grundlegende Wandlung der deutschen Verfassung gibt die Note rückhaltlos Auskunft. Sie stellt fest, daß die neue deutsche Regierung eine wirkliche Volksregierung darstelle, deren Vertreter in völliger Uebereinstimmung mit den Wünschen der aus dem großen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung handeln. Es wird auch ausdrücklich betont, daß nach der neuesten Verfassungsänderung dem Reichstag das Mitbestimmungsrecht bei den Entscheidungen über Krieg und Frieden eingeräumt worden ist. Um jedem Zweifel in die Dauerhaftigkeit der neuen Verfassung zu begegnen, wird gesagt, daß die neue Verfassung nicht nur durch gesetzliche Bürgschaften garantiert ist, sondern auch von dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes, diese Reformen beizubehalten.

Man sollte meinen, Wilson ist nun, wenn er will, genügend aufgeklärt, und wie man hört, werden von den Parteien auch noch weitere Verhandlungen gepflogen, um eine unabhängige Volksregierung zu gewährleisten, der auch die militärischen Einrichtungen unterstellt sind. In dem im Kriege geschaffenen Verfassungsausschuß soll in den nächsten Tagen über eine Aenderung des Fahnenreides, Ueberführung des Militärkabinetts in eine Abteilung des Kriegsministeriums, Schaffung eines Staatssekretariats des Krieges, sowie die Unterstellung des Generalstabs unter den Reichskanzler und damit unter die Kontrolle des Reichstags beraten werden. Die Fraktionen der Sozialdemokratie, der Volkspartei und der Nationalliberalen sollen sich schon auf den Boden dieser Forderungen gestellt haben, und wahrscheinlich wird auch die Zentrumsfraktion zustimmen. Die Befürchtungen, die nun etwa sich erheben werden, daß dadurch unser Heer politisiert werden könnte, dürften unbegründet sein. Wir haben weder im französischen, noch im englischen, noch im italienischen Heer eine Politisierung feststellen können. Alle Heere der Staaten mit freier politischer Gesetzgebung haben sich gut geschlagen und es handelt sich hier im großen Ganzen doch mehr um Aenderungen formeller Natur im Rahmen der staatsrechtlichen Reformen. Beispielsweise mußte der Soldat bisher den Fahnenreid auf den Landesherrn leisten; das soll dahin erweitert werden, daß er nun auch auf die Verfassung schwören muß, wie es sich für den Soldaten eines Volksheres gehört. Das ist eine rein formelle Erweiterung; denn bisher hatte der Soldat nur dem Landesherrn Gehorsam zu leisten; der Landesherr war aber an die Einhaltung der Verfassung gebunden. Weitgehender ist schon der Gedanke der Ueberführung des Militärkabinetts in eine Abteilung des Kriegsministeriums. Bisher war das Militärkabinet ein Staat im Staate. Es war nur dem Kaiser verantwortlich in seinen Plänen und Maßnahmen. Wenn die Volksvertretung Wünsche in militärischer Hinsicht hatte, so hatte sie sich an den Kriegsminister zu wenden. Dieser stand aber dem Militärkabinet keinesfalls als Vorgesetzter, sondern eigentlich nur als Bittender gegenüber, so daß Reibereien und Kompetenzstreitigkeiten immer an der Tagesordnung waren. In Zukunft sollen auch die Offiziere unter Gegenzeichnung des Kriegsministers ernannt werden. Wenn der Generalstab dem Reichskanzler untergeordnet werden soll, so ist damit natürlich nicht gesagt, daß dieser in die militärischen Kompetenzen des Generalstabs eingreifen berechtigt sein soll, sondern eher umgekehrt, daß der Generalstab nicht in die politischen Kompetenzen der Regierung eingreift. Es muß eben ein einheitliches Zusammenwirken der politischen und militärischen Stellen gewährleistet werden, zum Besten des Staatsganzen. Das ist u. E. der Sinn der noch bevorstehenden Reformen. Nach einer Durchführung dieser Reformen werden wir aber einen Volksstaat haben, der in seinen staatsrechtlichen Einrichtungen in nichts den parlamentarischen westeuropäischen Staaten nachgibt. Und wir werden dann manche Hindernisse weggeräumt haben, die es unsern Feinden ermöglicht hatten, die ganze Welt über den wahren Charakter der deutschen Regierung und des deutschen Volkes zu täuschen.

Eine Kanzlerrede im Reichstag.

Die gestrige Reichstagsstimmung stand einerseits unter dem Eindruck des deutschen Friedensschrittes, andererseits im Zeichen der neuen Reformen auf dem Gebiet unserer Reichsverfassung. In einer großzügigen ersten Rede sprach der Reichskanzler über das deutsche Friedensangebot, dessen Ausföhrten nach der letzten Note des Präsidenten Wilson noch völlig unklar seien. Das deutsche Volk müsse sich deswegen auf

zwei Möglichkeiten rüsten, erstens darauf, daß die feindlichen Regierungen den Krieg wollen und daß uns keine andere Wahl bleibt, als uns zur Wehr zu setzen mit der ganzen Kraft des Volkes, das man zum Außersten treibt. Wenn diese Notwendigkeit eintrete, so habe er keinen Zweifel, daß die deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes zur nationalen Verteidigung aufrufen dürfe, wie er auch im Namen des deutschen Volkes habe sprechen dürfen, als er für den Frieden handelnd eingegriffen habe. Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens gestellt habe, der habe zugleich die Pflicht übernommen, sich nicht kampflös einem Gewaltfrieden zu beugen.

Der Reichskanzler beschäftigte sich sodann mit den Grundsätzen, die Wilson für einen Rechtsfrieden aufgestellt habe. Diese Grundsätze verlangen die Aufgabe eines Teils der unbedingten Selbstständigkeit, die bisher das Zeichen der Staatshoheit war, von uns wie von den andern. Die Ausführungen des Reichskanzlers über den Frieden bildeten gewissermaßen eine Erläuterung zu der deutschen Note in dem Sinne, daß Deutschland wohl geneigt ist, sich einem Rechtsfrieden zu unterwerfen, daß wir aber eine einseitige Anwendung der Wilsonschen Grundsätze lediglich auf die deutschen Verhältnisse und diejenige unserer Verbündeten unter keinen Umständen anerkennen würden.

Der Reichskanzler betonte dann, zur Verfassungsänderung übergehend, daß wir, um den Aufgaben des Krieges gewachsen zu sein, die Durchführung des neuen Regierungsprogramms vornehmen und uns entschieden vom alten System abwenden müssen. Er begründete dann die verschiedenen Neueinrichtungen, die wir an anderer Stelle behandelt haben. Eine ausführliche Besprechung der Rede, sowie die Äußerungen der Parteiführer des Reichstags werden wir morgen bringen.

Englands Machenschaften gegen den Frieden.

Englische Auffassung über die zweite deutsche Note. (W.B.) Amsterdam, 23. Okt. „Central News“ melden aus London: Man ist im britischen Auswärtigen Amt der Ansicht, daß, da die deutsche Antwort an den Präsidenten Wilson gegangen ist, der Präsident sich in erster Linie damit zu beschäftigen und darüber zu entscheiden haben werde, ob sie an die assoziierten Regierungen weitergeschickt werden solle. Bis dieses Stadium erreicht werde, sei es unerwünscht, irgend eine amtliche Erklärung abzugeben. — Sofort nach Eintreffen des Textes der deutschen Antwort in London hielt das Kriegskabinet eine außerordentliche Sitzung ab. Man betrachtet die Antwort als eine Gelegenheit, die für den Augenblick technisch nur den Vereinigten Staaten angeht. „Central News“ zufolge wird sie als unbefriedigend betrachtet und es besteht wenig Zweifel, daß sie mit Bestimmtheit zurückgewiesen werden wird.

Lord Lansdowne zur zweiten deutschen Note.

(W.B.) London, 22. Okt. (Reuter.) Lord Lansdowne erklärte in einem Interview zu der deutschen Note: Die Lage ist kritisch. Wir müssen behutsam vorgehen und nichts dem Zufall überlassen. Wilsons Behandlung des Falles war sowohl klug als energisch und wir können ihm vertrauen, daß er alles vermeiden wird. Vor allem ist es notwendig, daß keine Konzessionen gewährt werden, die irgendwie die Kraft der überlegenen militärischen Stellung beeinträchtigen würden. Die Stelle über einen Waffenstillstand erscheint mir sowohl verdächtig als dunkel. Keiner wird wahrscheinlich die Verteidigung annehmen, daß die deutschen Forderungen zu Lande und zur See durch Notwendigkeiten gerechtfertigt oder beschönigt werden können. Es bleibt abzuwarten, ob die bekannt gegebenen Instruktionen einen Stillstand dieser Ausschreitungen zur Folge haben werden. Ihre Erneuerung wäre ver-

Amtliche Bekanntmachungen.

Brotmarken.

Sobald die Einlösung der sog. Punktmarken des Monats Oktober gegen Kochmehl nicht überall möglich ist, behalten diese Marken auch im nächsten Monat (November) Gültigkeit.

Calw, den 19. Oktober 1918.

R. Oberamt: Dr. Bläicher, A. B.

Fleischbestellmarken.

Es ist in letzter Zeit öfters vorgekommen, daß Fleischbestellmarken erst später als zu dem auf den Fleischbestellmarken vermerkten Termin bei den Metzgern abgegeben wurden, was wegen der rechtzeitigen Viehzuteilung nicht mehr weiter geduldet werden kann. Verspätet bei dem Metzger angelieferte Fleischbestellmarken können in Zukunft nicht mehr berücksichtigt werden.

Calw, den 19. Oktober 1918.

R. Oberamt: Dr. Bläicher, A. B.

Absatz von Obstmoft.

1. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat unterm 12. Aug. 1918 verfügt, daß der Absatz von Apfel- und Birnenwein des Jahrgangs 1918 durch Erzeuger, ebenso wie durch den Handel verboten ist. Nur wer in diesem Jahre weniger als 30 dz an Birnen und Äpfeln nicht gewerbsmäßig verarbeitet, darf den hieraus hergestellten Moft absetzen. Jeder weitere Absatz des beim Erzeuger erworbenen Mofts des Jahrgangs 1918, wie jeder Handel mit diesem Moft überhaupt, ist verboten.

2. Nach der Verfügung des Ministeriums des Innern über die Verarbeitung von Gemüse und Obst vom 8. September 1916 (Kriegsbeil. VIII zum Min. Amtsbl. S. 277) in Verbindung mit den Bestimmungen der Landesversorgungsstelle zur Ueberwachung des Verkehrs mit Obstmoft vom 31. Dezember 1916 darf Obstmoft des Jahres 1918 und früherer Jahrgänge soweit es sich um Mengen von mehr als 5 l handelt, nur mit Genehmigung der Landesversorgungsstelle abgesetzt werden.

Calw, den 21. Oktober 1918.

R. Oberamt: Dr. Bläicher, A. B.

Kartoffelbezugscheine.

Die Landeskartoffelstelle hat die in § 4 Abs. 4 der Verfügung der B. Landeskartoffelstelle über den unmittelbaren Verkehr mit Kartoffeln zwischen Verbrauchern und Erzeugern vom 7. August d. J., Calwer Tagblatt Nr. 204, gefetzte Frist für die Einreichung des ausgefüllten Bezugscheines bis 31. Oktober d. J. verlängert.

R. Oberamt: Dr. Bläicher, A. B.

Kartoffelgastmarken.

Durch § 18 der Min.-Verfügung vom 26. Septbr. d. J. ist Verfügung des Kgl. Ministeriums des Innern vom 14. März 1917 über Kartoffelgastmarken (Staatsanzeiger Nr. 62) für das Wirtschaftsjahr 1918/19 erneuert worden. Diefelbe wird nachstehend bekannt gegeben:

§ 1. Kartoffeln und Kartoffelspeisen dürfen in Gast- und Schankwirtschaften, Speiseanstalten, Vereins- und Er-

frischungsräumen, Volkshäusern und sonstigen Anstalten zur Massenpeisung, sowie in Fremdenheimen und ähnlichen Betrieben nur gegen Kartoffelgastmarken abgegeben und entgegengenommen werden.

Die beteiligten Kommunalverbände haben ohne Verzug die näheren Bestimmungen und Einrichtungen zu treffen. Die Regelung kann den Gemeinden für ihre Bezirke überlassen werden; Gemeinden, die nach der letzten Zählung mehr als 10 000 Einwohner haben, können die Uebertragung verlangen.

§ 2. Die Abgabe von Kartoffelgastmarken durch die Kommunalverbände oder die Gemeinden (vgl. § 1 Abs. 2) an die Verbraucher erfolgt unter Anrechnung auf die den Verbrauchern zustehende Kartoffelmenge, sonach entweder gegen Ablieferung einer entsprechenden Menge von Speisekartoffeln oder gegen Rückgabe von Kartoffelmarken gleichen Bezugs werts an den Kommunalverband oder die Gemeinde oder, sofern diese Marken für den Rest des Wirtschaftsjahres noch nicht ausgegeben oder überhaupt Kartoffelmarken nicht eingeführt sind, durch Aufrechnung auf den dem Verbraucher noch zustehenden Bedarfsanteil.

§ 3. Die württ. Landeskartoffelstelle Verwaltungsabteilung gibt für den Reiseverkehr innerhalb Württembergs gegen Erlass der Selbstkosten auf Antrag an die Kommunalverbände und die Gemeinden (vgl. § 1 Abs. 2) Landeskartoffelgastmarken aus. Diese sind nur für den Verbrauch in Gast- und Schankwirtschaften bestimmt; sie dürfen von den Kommunalverbänden und Gemeinden gleichfalls nur unter Anrechnung auf die dem Verbraucher zustehende Kartoffelmenge entsprechend den Vorschriften in § 2 abgegeben werden.

§ 4. Der Bezugswert der an die Ueberhöfkomunalverbände und deren Gemeinden abgegebenen Landeskartoffelgastmarken wird von der Landeskartoffelstelle Verwaltungsabteilung als Ablieferungsschuldigkeit dieser Kommunalverbände vorgemerkt; der Bezugswert der von den Bedarfskommunalverbänden und ihren Gemeinden bezogenen Landeskartoffelgastmarken wird als Empfang auf den Lieferungsanspruch dieser Bezirke angerechnet.

Die in einem Kommunalverbandsbezirk von den Inhabern der in § 1 genannten Betriebe zurückgehenden Landeskartoffelgastmarken sind monatlich an die Landeskartoffelstelle Verwaltungsabteilung zur Verrechnung einzuliefern.

§ 5. An Personen, die keinem württembergischen Kommunalverband angehören, dürfen in den in § 1 bezeichneten Betrieben Kartoffeln und Kartoffelspeisen nur abgegeben werden, wenn sie ihre auf einen nicht württembergischen Kommunalverband lautende Reichsleischkarte vorzeigen. In diesen Fällen darf zu einer Mahlzeit nicht mehr als $\frac{1}{4}$ Pfund Kartoffeln abgegeben werden.

§ 6. Die von den Kommunalverbänden und den beteiligten Gemeinden zur Durchführung vorstehender Bestim-

mungen erlassenen Anordnungen bedürfen der Genehmigung der Landeskartoffelstelle, Verwaltungsabteilung.

§ 7. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Verfügung werden nach § 8 der Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts über Kartoffeln vom 2. Sept. 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1095) mit Geldstrafe bis zu 150 \mathcal{M} oder mit Haft bestraft, soweit nicht Verfehlungen im Sinne des § 18 der Bundesratsverordnung über die Kartoffelversorgung vom 18. Juli 1918 vorliegen. Im letzteren Falle tritt Gefängnisstrafe bis zu 1 Jahr und Geldstrafe bis zu 10 000 \mathcal{M} oder eine dieser Strafen ein.

II.

Unter Bezugnahme auf vorstehende Min.-Verfügung wird angeordnet:

1. Für den Verkehr innerhalb des Bezirks werden keine besonderen Kartoffelgastmarken ausgegeben, sondern es werden die zunächst nur für den Reiseverkehr bestimmten Landeskartoffelgastmarken verwendet. Diese sind bei den Gemeinden, die sie vom Kommunalverband beziehen, erhältlich gegen Anrechnung auf die den Verbrauchern zustehende Kartoffelmenge (I. 1 § 2 oben).

2. Die Kartenabgabestellen der Gemeinden haben über die Abgabe der Kartoffelgastmarken Verzeichnisse zu führen, sowie die gegen Abgabe der Kartoffelmarken abgelieferten Mengen von Speisekartoffeln entgegenzunehmen und zu bezeichnen bezw. die betr. Mengen, falls der Verbraucher noch nicht im Besitz der ihm zustehenden Kartoffelmenge ist, auf den dem Verbraucher noch zustehenden Bedarfsanteil aufzurechnen.

3. Die in I § 1 genannten Betriebe haben die von den Gästen eingenommenen Kartoffelgastmarken bis zum dritten Tag jeden Monats der Kartoffelabgabestelle einzureichen. Die Kartenabgabestellen haben sie bis zum achten Tage jeden Monats mit einer Anzeige über die ausgegebenen und abgelieferten Kartoffelgastmarken dem Oberamt behufs Vorlage an die Landeskartoffelstelle einzuliefern.

4. Soweit eine Versorgung der Gast- und Schankwirtschaften, Speiseanstalten, Vereins- und Erfrischungsräume, Volkshäuser und sonstigen Anstalten zur Massenpeisung, der Fremdenheime und ähnlichen Betriebe, seien sie nun gewerblicher oder gemeinnütziger Art, als nötig erscheint, wird ihnen auf Antrag eine für den Bedarf eines kurzen Zeitraums, höchstens eines Monats, ausreichende Kartoffelmenge zugewiesen. Mit diesem Betriebskapital an Speisekartoffeln muß das Unternehmen das ganze Wirtschaftsjahr hindurch ohne jeden weiteren Zusatz ausreichen, da gegen den Umtausch der von den Gästen für die Verabreichung von Kartoffelgerichten abgegebenen Kartoffelgastmarken dem betr. Unternehmen von der versorgungspflichtigen Gemeinde immer wieder Speisekartoffeln zu liefern sind.

Etwasige Anträge auf Zuweisung von solchen Vorräten an Speisekartoffeln sind durch Vermittlung der Gemeinden beim Kommunalverband einzureichen. Bezugscheine dürfen für diesen Zweck nicht ausgegeben werden.

Calw, den 16. Oktober 1918.

R. Oberamt: Dr. Bläicher, A. B.

hängnisvoll für den weiteren Fortschritt der Verhandlungen. Hinsichtlich der Veränderung der Regierungsform sprach Lansdowne seine Zustimmung zu der Rede Lord Milners aus. — (Lord Lansdowne scheint ebenfalls von den militärischen Erfolgen der Alliierten bezaubert worden zu sein. Die Schriftl.)

Englische Verschleppungsmanöver.

* London, 21. Okt. Wie Reuter erfährt, gibt das folgende einige Ansichten wieder, die man in maßgebenden Kreisen hinsichtlich der Lage, wie sie sich aus Deutschlands Note an Wilson ergibt, vernimmt. Die deutsche Note nimmt an, daß Wilson nur die Räumung der besetzten Gebiete gefordert habe und die Deutschen gehen immer noch von dieser Annahme aus. Das ist aber nicht der Fall und dies ist ein Punkt, der ganz klar gestellt werden sollte. Freiheit der Meere, wie sie von den Deutschen verstanden wird, kann Großbritannien überhaupt nicht annehmen. (Aha!) Es gibt verschiedene Marinefragen, die der Klärung bedürfen. Andere Punkte, die bisher noch nicht berührt wurden, umfassen auch die Frage der Entschädigung und Wiederherstellung.

(Man sieht, immer mehr zieht sich England und die Entente von den Völkerrechtsgrundsätzen zurück, die Wilson aufgestellt hat. Jetzt will man natürlich nichts von der Aufgabe der englischen Seeherrschaft wissen, und da man an einen militärischen Sieg glaubt, so sollen auch Entschädigungs- und Wiedergutmachungsansprüche gestellt werden. Ueberhaupt sucht man die Verhandlungen so viel wie möglich zu hintertreiben. Die Schriftl.)

Der König von England über die Ententeabsichten.

(W.B.) London, 21. Oktober. Reuter meldet: Der König empfing im Buckinghampalast eine große Abordnung interparlamentarischer Delegierter, darunter 30 Briten, 22 Franzosen, 8 Italiener und 1 Belgier. Der König hielt eine Ansprache, in der er die Taten der verbündeten Armeen feierte und sagte u. a.: Der Sieg ist in Reichweite und wir sind uns alle darin einig, daß es ein vollständiger und entscheidender Sieg sein muß. Zu den italienischen Senatoren und Deputierten gewandt, sagte der König, er wünsche Ihnen Glück zu der Aussicht, die sich ihnen eröffne, die mit Schnee bedeckten Gegenden wieder zu erlangen, wo ihre tapferen Soldaten so viel Ruhm erworben haben und die von Leuten ihrer eigenen Rasse und Sprache

bewohnt seien, die lange wünschten, mit dem freien Italien verbunden zu sein. Weiterhin wünschte der König den französischen Delegierten Glück zu der kommenden Wiedereroberung der Provinzen, die ihnen vor 47 Jahren entzogen wurden und die niemals in ihrer Liebe und Anhänglichkeit zu Frankreich gewankt hätten. Der König schloß seine Rede: Unser einträchtiges Zusammenwirken soll auch in Zukunft nicht allein für unser Volk, sondern für das ganze freie Europa den Frieden sichern.

Ententendruck auf die Neutralen.

Die neutralen Länder haben im allgemeinen den Friedensschritt der deutschen Reichsregierung mit großer Sympathie begrüßt und an ihrem Teil zu fördern gesucht. Sie haben sofort erkannt, daß es sich hier um ihr eigenes Schicksal handelt und daß nicht nur die kriegsführenden Staaten vor einem grausamen Ende bewahrt werden sollen, sondern daß auch die Zukunft der Neutralen in wirtschaftlicher, politischer und moralischer Hinsicht von baldigen Friedensverhandlungen und von einem dauernden Rechtsfrieden abhängt. Diese Einsicht der Neutralen und ihre Bemühungen, den deutschen Friedensschritt zu unterstützen, haben aber in der eigentlichen Entente, in England und Frankreich, die jetzt auf einen gewaltsamen Nachfrieden hinarbeitet, keine Gegenliebe gefunden, sondern sind vielmehr von diesen Ländern zu einer brutalen Kriegshege gerade bei den Neutralen benutzt worden. In Spanien, in Holland und in Dänemark wühlt diese Hege ohne Rücksicht auf die Zukunft der Menschheit. Wenn es nach dem Willen dieser Ententehege geht, so soll Spanien die deutschen Schiffe beschlagnahmen und für die Interessen der Entente in Dienst stellen; Holland soll zum Aufmarsch Gelände für einen Flankenstoß der Ententehege gegen unsere belgische Platte werden, und Dänemark soll mit Gewalt alle Ansprüche auf Nord-schleswig gegenüber Deutschland geltend machen. Wir dürfen vorläufig noch die berechtigte Hoffnung haben, daß diese neutralen Länder diese Ententehege durchschauen und sich dagegen wehren. Sie haben genug Kriegselend in der Welt gesehen, um nicht mit Entsetzen davor zurückzufahren, dieses Elend noch in ihr eigenes Land zu tragen. Sie wissen auch zu genau, daß Deutschland im Interesse eines dauernden Rechtsfriedens die berechtigten Wünsche neutraler Länder bei den kommenden Friedensverhandlungen nicht von vornherein aus der Diskussion ausschließen, sondern sehr wohl mit sich über solche Wünsche reden lassen wird, nur um der Menschheit endlich den Frieden zu bringen. Wenn die Neutralen dies wissen, so werden sie sich gerade durch die Hegeversuche der Entente nur aufs neue veranlaßt sehen, für den Frieden mit allen Mitteln einzutreten. In solchem Sinne

hat sich kürzlich sehr zu unserer Ueberraschung, aber auch zu unserer Genugtuung Herr Branting, der schwedische Sozialistenführer, geäußert. Auch er hat eben eingesehen, daß Deutschland nicht der Störenfried der Welt ist und daß ferner eine baldige Abschließung des Krieges nicht zuletzt den Interessen der Neutralen dient.

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

Die deutsche amtliche Meldung.

(W.B.) Großes Hauptquartier, 22. Okt. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: An der Ostschelde Infanteriegefechte. Mehrfach suchte der Feind mit kleineren und stärkeren Abteilungen die Flüsse zu überqueren. Nordöstlich von Kortrijk drang er mit Panzerwagen, südöstlich von Kortrijk mit starken Kräften gegen unsere Linie vor. Er wurde überall verlustreich abgewiesen. Bizwachtmeister Müller der 9. Batterie des Feldartillerie-Regts. Nr. 221 vernichtete hierbei 6 Panzerwagen des Feindes. Engländer besetzten die von uns gesicherten Kirchdämme von St. Amand mit Maschinengewehren. Weiderseits von Solesmes und Le Cateau hat der Feind seine Angriffe nicht erneuert. In nächstlichen Teilkämpfen blieben die Gehölze von Ameroval in seiner Hand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: Französische Angriffe, die am Morgen nördlich der Serre, am Nachmittag auf breiterer Front zwischen Dize und Serre gegen unsere Linien vorbrachen, wurden abgewiesen. Nordwestlich von Mesbrecourt führten schlesische Truppen einen erfolgreichen Gegenangriff durch.

Auf den Wisnehöhen östlich von Bouziers, dortern heftige Kämpfe an. Württembergische Regimenter haben im Verein mit preussischen und bayerischen Bataillonen dem Feind in erfolgreichen Gegenangriffen die Höhen östlich von Bandy zwischen Ballay und Chetres und nördlich von Salaise wieder entzogen und gegen starke Gegenangriffe des Feindes behauptet. Östlich von Oizy scheiterte ein Teilaugriff des Feindes.

Heeresgruppe Gallwih: Nach heftiger Artillerievorbereitung griff der Amerikaner nördlich von Sommeance und in breiter Front beiderseits von Vantherville an. Im Feuer und im Gegenstoß sind die Angriffe des Gegners gescheitert. Vornehmlich im Feuer unserer Maschinengewehre und Infanteriegeschütze erlitt der Amerikaner wiederum große Verluste.

Aus einem Geschwader von etwa 8 feindlichen Flugzeugen, die Ortschaften im Bahntale angriffen, wurden 4 Flugzeuge abgeschossen. Leutnant Bötzjens errang seinen 35. Luftsieg.

Südöstlicher Kriegsjahresplan. Nordöstlich von Krusevac und im Bukowina scheiterten feindliche Angriffe. Erfolgreiche eigene Unternehmungen bei Trubarevo an der südlichen Morava.

Die gestrige Abendmeldung.

(WB.) Berlin, 22. Okt., abends. Amtlich wird mitgeteilt: Starke Angriffe in Flandern südwestlich von Deinze und östlich von Kortrijk brachten dem Feinde nur östlichen Bodengewinn. Auf dem östlichen Wisneuser, beiderseits Bouziers und östlich von Nien sind heftige Angriffe der Franzosen gescheitert.

Staatssekretär Scheidemann über die Kriegsleihe:

Seid pflichtbewußt! Helft unserem Lande! Gedenket der Soldaten und ihrer Familien! Wer Geld hat, der zeichne! Es ist kein Opfer, sein Geld mündelicher zu fünf Prozent anzulegen.

A. Scheidemann

Die militärische Lage.

Die Feinde werden aus der Tatsache, daß wir ihnen Ostende, Brille und den größten Teil der flandrischen Küste überlassen haben, einen großen Sieg machen. Es muß zugegeben werden, daß die Feinde erneut in der Lage sind, dem Kriegswillen ihrer Völker durch den Hinweis auf die Erfolge in Flandern neue Nahrung zuzuführen, deren diese Völker dringend bedürfen; denn die Kriegsmüdigkeit hat in England, Frankreich und Italien einen außerordentlich hohen Grad erreicht. Die Ernährungsschwierigkeiten, mehr jedoch noch die Kohlennot, verschlechtern die Lage unserer Feinde von Tag zu Tag. Die Nachrichten von der Front, welche der Verband zu großen Siegen stampelt, können daher zwar vorübergehend die Stimmung der feindlichen Völker erleichtern, einen nachhaltigen Eindruck aber um so weniger hinterlassen, als das strategische Ziel des feindlichen Oberbefehlshabers in immer weitere Ferne rückt. Dieses Ziel ist der Durchbruch der deutschen Front, welcher allein, mit einer Umfassung und Vernichtung der deutschen Streitkräfte, die von Foch unter Einsatz aller verfügbaren Kraft angestrebte Entscheidung des Krieges bringen könnte. Der Durchbruch, die Auseinanderreißung der deutschen Front ist den Feinden nicht gelungen und sie wird ihnen auch nicht gelingen. Trotzdem die gewaltige Kraft fast der gesamten Großmächte der Welt gegen unsere Front wirkte, ist die deutsche Front ungebrochen geblieben. Wo die deutsche Führung das Festhalten von Frontabschnitten für geboten hielt, behaupteten in heldenhaftem Widerstand unsere braven Truppen ihre Stellungen, wo die Vereitelung des feindlichen Durchbruchs in elastischem Ausweichen zweckmäßig erschien, wurde die Front nicht unter dem Zwange des Feindes, sondern aus freier Entschlossenheit der deutschen Führung zurückgenommen. Ob wir größere oder kleinere Gebiete Belgiens oder Frankreichs ausgeben, spielt für unsere militärische Lage gar keine Rolle. Für uns kommt es ganz allein darauf an, daß die Front ein in sich geschlossenes Ganzes bleibt. Konnte der Feind in den ersten drei Monaten seines Ringens um die Entscheidung die deutsche Front nicht zum Zerreißen bringen, obwohl er seine ungeschwächte Angriffskraft einsetzen konnte, so wird die Erreichung seines Zieles angesichts des fortschreitenden feindlichen Kräfteverbrauchs immer aussichtsloser.

Wir können daher mit immer größerer Zuversicht den weiteren Kämpfen entgegensehen. Die deutsche Widerstandskraft ist unerschütterlich. Weit draußen in Feindesland schützen unsere Truppen die Heimat, verhindern, daß die Gruel des Krieges in unser Vaterland getragen werden. Wollen die Feinde den Krieg fortsetzen, so tun sie es auf Kosten des belgischen und französischen Gebietes, auf Kosten seiner Bewohner.

Lügenhafte französische Berichterstattung.

(WB.) Berlin, 22. Okt. Der französische Heeresbericht vom 22. Oktober, 12.35 Uhr vormittags, meldet amtlich: Hartnäckige Kämpfe fanden auf der Hochfläche südlich von Bouziers statt. Die Deutschen haben mehrere Gegenangriffe mit starken Kräften unternommen. Die Franzosen haben mit Erfolg allen ihren Angriffen standgehalten und sind im Besitze ihrer Stellungen geblieben. — Wir verweisen auf unsern heutigen amtlichen Heeresbericht, wonach die Höhen östlich von Vandry, Ballay und Chestres und nördlich von Falaise dem Feinde wieder entzogen und gegen starke Gegenangriffe des Gegners behauptet haben. Der Feind fällt seinen Bericht, weil er nicht wagt, seinen an diese Nachrichten gewöhnten Völkern die ihm durch unsere tapferen Regimenter beigebrachte Schlappe einzugestehen.

Die Zerstörung feindlicher Städte durch die Alliierten.
(WB.) Berlin, 22. Okt. Der Gegner begann am 10. Oktober mit der Beschließung des Bahnhofs

von Denain. Seit dem 13. Oktober belegte er die innere Stadt täglich mit etwa 100 Geschossen mittleren Kalibers. Der Gebäudeschaden ist beträchtlich. Unter den Zivilbewohnern wurden etwa 50 Tote und Verwundete gezählt. Die Stadt fiel am 19. Oktober in Feindeshand. Noch bis zum 19. Oktober, vormittags, dauerte die Beschließung an. Am 18. Oktober, zwischen 10 und 11 Uhr vormittags, begann die Beschließung des südwestlichen Teils der Stadt Valenciennes durch den Gegner mit etwa 15 Schuß. Am 19. Oktober, um 3 Uhr nachmittags, hat er die Beschließung der Vorstädte und des südwestlichen Teils der Stadt wieder aufgenommen.

Gegen die Vorwürfe der Plünderung im besetzten Gebiet.
(WB.) Berlin, 22. Okt. In Ententezeitungen und Junksprüchen werden ständig die schwersten Vorwürfe gegen das deutsche Heer wegen Plünderung des besetzten Gebietes erhoben. Demgegenüber konnte eine neutrale Kommission, die das zu räumende Gebiet besuchte, feststellen, daß an allen Brücken Posten aufgestellt sind, die jedes Auto und jeden Wagen kontrollieren, um etwaige Plünderungen zu verhindern. Wenn von den Deutschen Maschinen und Vorräte aus Belgien und Nordfrankreich zurückgeführt wurden, so handelt es sich dabei in erster Linie um Material, das von den Deutschen selbst in das besetzte Gebiet für die zahlreich dort errichteten kriegswirtschaftlichen Betriebe gebracht wurde, dann aber auch um Gegenstände, die für Deutschland infolge der Blockade unerlässlich sind. Die Absperrung, die die Entente über die Mittelmächte verhängt hat, zwang Deutschland, das zum großen Teil auch für seine Verbündeten zu sorgen hatte, aus der Privatwirtschaft alles herauszuziehen, was es zur Fortführung des Krieges benötigte. Erst als die Vorräte in Deutschland zur Neige gingen, ging man dazu über, auch das besetzte Gebiet in stärkerem Maße heranzuziehen. Wenn aus Fabriken und Privathäusern Kupfer und Messing, Wolle usw. herausgeholt wurden, so geschah im besetzten Gebiet nichts anderes, als was in Deutschland schon längst durchgeführt war. Auf die Blockade Deutschlands fällt ein großer Teil der Härten zurück, welche die deutsche Okkupation für die Einwohner des besetzten Gebietes mit sich brachte.

Die Flucht der belgischen Bevölkerung nach Holland.
(WB.) Amsterdam, 21. Okt. Wie das „Allgemeen Handelsblad“ aus Maastricht erfährt, sind in Yperwoort gestern morgen die ersten 500 belgischen Flüchtlinge angekommen.

Die französischen Flüchtlinge in Holland.
(WB.) Rotterdam, 22. Okt. Wie der „N. N. C.“ aus Hoermaend erfährt, sind die in Yperwoort angekommenen Flüchtlinge sämtlich aus Douai und Cambrai. Sie waren drei Wochen unterwegs und loben die Behandlung, die ihnen von deutscher Seite zuteil geworden war.

Das österreichische Nationalitätenproblem.

Konstituierung der vorläufigen Nationalversammlung der Deutschen Oesterreichs.

(WB.) Wien, 21. Okt. Am späten Nachmittag trat im Sitzungssaal des niederösterreichischen Landtags die deutsche Nationalversammlung zusammen. Bald nach 5 Uhr eröffnete Reichsratsabgeordneter Waldaner die Sitzung mit einer Ansprache, in der er ausführte, er habe im Auftrage aller deutschen Parteien alle deutschen Reichsratsabgeordneten zur heutigen Versammlung einberufen, damit sie auch für das deutsche Volk in Oesterreich als seine gewählte Gesamtvertretung das Recht der Selbstbestimmung und der eigenen unabhängigen Staatlichkeit feierlich erklären und für den Staat Deutsch-Oesterreich die grundlegenden Beschlüsse fassen. Der Vorkühende verwies sodann auf die schwere Pflicht des deutschen Volkes, bei der Aufstellung der Erbschaft des alten Staates unter den Staatsverben mitzuwirken und dabei das deutsche Volk vor jeder Ungebühr zu bewahren, sowie auf die noch schwerere Pflicht des Volkes, sich aus der Ernährungsnot zu befreien. Denn die Auflösung der österreichischen Monarchie bedrohe das deutsche Volk mit Absperrung und Isolierung. Wir werden, sagte der Redner, zur Abwendung dieser Gefahr unser Neufestest anbieten. Der Redner schloß mit dem Rufe: He deutsches Oesterreich! Die Versammlung nahm sodann unter stürmischem Beifall einen einstimmig beschlossenen Antrag an. Dieser spricht die Entschlossenheit des deutschen Volkes aus, in Oesterreich seine künftige Staatsordnung selbst zu bestimmen, einen selbständigen deutsch-österreichischen Staat zu bilden und seine Beziehungen zu den anderen Nationen durch freie Vereinbarungen mit ihnen zu regeln. Jeder Anzeigung von durch deutsche Bauern, Arbeiter und Bürger bewohnten Gebieten seitens anderer Nationen wird sich der deutsch-österreichische Staat widersetzen. Den Zugang des deutschen Volkes zum Adriatischen Meere wird er durch Vereinbarungen mit anderen Nationen sicherzustellen suchen. Bis zu der auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts zu bildenden konstituierenden Nationalversammlung, die die Verfassung des deutsch-österreichischen Staates festsetzen wird, wird das deutsche Volk in Oesterreich von der Gesamtheit der deutschen Reichsratsabgeordneten als provisorische Nationalversammlung für Deutsch-Oesterreich vertreten. Diese beansprucht das Recht, bis zum Zusammentritt der konstituierenden Nationalversammlung das deutsche Volk in Oesterreich bei den Friedensverhandlungen zu vertreten und Verhandlungen mit anderen Nationen über die Uebertragung der Verwaltung in die neuen Nationalstaaten und die Neugestaltung der Beziehungen

zu den Nationen zu führen und eine Gesetzgebungs- und Volksausgewalt einzurichten. Sie wird die Wahlordnung zur konstituierenden Nationalversammlung festsetzen und die Organisation der inneren Verwaltung des deutsch-österreichischen Staates vorbereiten. Besondere Aufmerksamkeit wird sie der wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes in Oesterreich zuwenden, die infolge der Stockung der Lebensmittelzufuhr drohenden Gefahren zu bekämpfen sich bemühen und hierfür die erforderlichen Verhandlungen führen.

Der Beschluß der Gründung eines freien deutsch-österreichischen Nationalstaats wurde von sämtlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten angenommen und die Richtlinien ebenso gutgeheißen.

Die Kroaten und Serben für absolute nationale Freiheit.

(WB.) Ugram, 21. Okt. Der am 5. Oktober vom Nationalrat der Slovenen, Kroaten und Serben aller nationalen Parteien aus Kroatien, Slavonien gewählte Zentralausschuß gab eine Verlautbarung bekannt, in der er begründet, daß er von diesem Augenblick an die Leitung der nationalen Politik in seine Hände nimmt. Von nun an wird in allgemeinen nationalen Fragen der einzige Repräsentant und entscheidende Faktor der Nationalrat sein. Der Nationalrat, geleitet von den großen Ideen der nationalen Selbstbestimmung und Demokratie, stellt für die Lösung unserer nationalen Fragen folgende grundlegende Forderungen: Wir fordern die Vereinigung unseres gesamten ethnographischen Territorium ohne Rücksicht auf irgend welche Provinz- und Staatsgrenzen, in denen es heute lebt, in einem einheitlichen vollkommen souveränen, auf den Grundsätzen der politischen und wirtschaftlichen Demokratie eingerichteten Staate, in dem die Aufhebung aller provinziellen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeit und Ungleichheit enthalten ist. Wir fordern, daß auf der künftigen internationalen Friedenskonferenz unser Volk einheitlich durch seinen besonderen Delegierten vertreten sein wird. Der Nationalrat lehnt demnach den im kaiserlichen Manifest enthaltenen Plan der Lösung der nationalen Fragen ebenso ab, wie auch jeden künftigen Vorschlag, der dahin geht, unsere nationale Frage teilweise zu lösen und ihr den internationalen Charakter zu nehmen. Der Nationalrat ist der Ansicht, daß nur durch Verwirklichung dieser Forderungen und Grundsätze zwischen den im freien Staate vereinigten Völkern verbürgt und damit der Völkerbund und die allgemeine Abrüstung ermöglicht werden kann.

Bermischte Nachrichten.

Spanien beschlagnahmt deutsche Schiffe mit Zustimmung der deutschen Regierung.

(WB.) Madrid, 18. Okt. Die spanische Regierung hat folgende amtliche Note veröffentlicht: Der Ministerrat hält den Zeitpunkt für gekommen, die öffentliche Meinung über die schwebenden Verhandlungen betreffend den Ersatz des versenkten spanischen Handelschiffes zu unterrichten, eine Angelegenheit, die mit der amtlichen Note vom 20. August angeklagt wurde, als die Minister sich zum ersten Male in San Sebastian versammelten. Diese Note sagte ausdrücklich, daß die Regierung zwar ihren Beschluß ausführen müsse, daß sie dabei aber die strikte Neutralität aufrecht erhalten wolle, wie sie das stets gewollt habe. In allem Ernste habe sie auch in diesem Sinne die von der Berliner Regierung vorgebrachten Einwendungen geprüft, und sich bemüht, zu erreichen, daß man dort die von der spanischen Regierung für gerecht erachtete Anschauung einnimmt. Dieser Austausch der beiden Auffassungen hat sich vollzogen unter dem stetigen und dauernden Bestreben, daß Spanien dessen ungeachtet die gute Freundschaft zwischen den beiden Regierungen erhalten will. Die kaiserliche Regierung hat hierbei ihrerseits verschiedene Arten erdogen und in Vorschlag gebracht, durch die für den Seeverkehr verfügbare Schiffsraum vermehrt werden könnte. Angesichts der langen Zeit, die seit der Entscheidung der spanischen Regierung schon verlaufen ist, und angesichts neuer Versenkungen spanischer Schiffe wurde es immer dringlicher, unter dem Vorbehalt, daß die strittigen Punkte durch spätere Verhandlungen oder durch einen von beiden Seiten anerkannten Schiedspruch geregelt würden, einen sofortigen Besitzwechsel und eine Verwertung von deutschem Schiffsraum für Spanien aus den in unsere Häfen geschickten Schiffen vorzunehmen, die tatsächlich dem seit dem 14. August versenkten spanischen Schiffsraum entspricht. Dabei soll der so erlangte Besitzstand weder den Rechten noch der juristischen Charakterisierung präjudizieren, über die noch keine Übereinstimmung herrscht, wie ebensowenig hierdurch die Reklamationen berührt werden, die frühere Versenkungen betreffen. Zu diesem Behuf sind durch freundschaftliche Benachrichtigung sieben deutsche Dampfer von zusammen 21.600 Tonnen Ladekapazität bezeichnet worden, nämlich „Cepha“, „Euphemia“, „Petra“, „Alto“, „Mathilde“, „Zimfried“, „Rudolph“. Sie sind der spanischen Regierung übergeben worden, in der Weise, daß gebachte Uebergabe im Einvernehmen zwischen dem Verpflegungsministerium und einem höheren Beamten der kaiserlichen Botschaft stattfand. — Die Vereinbarung ist unseres Wissens so getroffen worden, daß Spanien berechtigt ist, ein deutsches Schiff zu beschlagnahmen für jedes spanische, das außerhalb der Sperrzone versenkt wurde, ohne aber das deutsche Eigentumsrecht dadurch aufzuheben. Die Schrift.

Rumänien?

(W.B.) Moskau, 18. Okt. (Kofa.) Aus zuverlässiger Quelle kommt eine Nachricht, daß die rumänische Regierung alle rumänischen Häfen im Schwarzen Meer und in der Donau für geschlossen erklärt hat. — (Das wäre gegen den deutschen und österreichischen Verkehr mit der Türkei gerichtet.)

Die Erfolge der Sowjettruppen diesseits des Ural.

(W.B.) Moskau, 18. Okt. (Kofa.) Seit Mitte Oktober ist Kuguljma in den Händen der Sowjettruppen. Die Befestigung dieser Stadt ist von großer Bedeutung. Bis Ufa steht uns nunmehr kein einziger bedeutender Ort mehr im Wege und mit dem Falle von Ufa werden die Gegenrevolutionäre den letzten wichtigen Stützpunkt diesseits des Ural verlieren. Nach der Einnahme von Buguljma ist eine feindliche Abteilung von 3000 Mann zu uns übergetreten. An der nördlichen Düna haben wir in der Richtung auf Kotlac bedeutende Fortschritte gemacht. Viel Munition, besonders ungeheure Mengen von Patronen, sind in unsere Hände gefallen.

Lieblincht frei.

(W.B.) Berlin, 22. Okt. Wie wir hören, bestätigt es sich, daß sich unter den vom letzten Gnadenakt betroffenen Personen auch Karl Lieblincht befindet.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 23. Oktober 1918.

Das eiserne Kreuz.

Kanonier Andreas Reuther von Liebelsberg, zurzeit schwerverwundet im Vereinslazarett Calw, hat das Eiserne Kreuz 2. Klasse erhalten.

Zinsscheine der Reichsanleihe gesetzl. Zahlungsmittel.

Der Bundesrat hat heute den am 2. Januar 1919 fälligen Zinsschein der 5prozentigen Anleihe vom 23. Oktober an als gesetzliches Zahlungsmittel mit Geltung bis zum 2. Januar 1919, d. h. bis zu seiner Fälligkeit, erklärt. Es ist selbstverständlich, daß von der Fälligkeit an der Zinsschein an den gewohnten Stellen mit anderen Zahlungsmitteln eingelöst wird.

Die Maßnahme hat den Zweck, dem an einzelnen Stellen aufgetretenen Mangel an Zahlungsmitteln abzuhelfen. Der Bedarf an Zahlungsmitteln ist infolge des ganz unvernünftigen Verhaltens des Publikums in letzter Zeit so groß geworden, daß die Reichsdruckerei den Anforderungen nicht mehr genügen konnte. Es ist Vorsorge getroffen, daß in kurzer Zeit die Zahlungsmittel überall im erforderlichen Maße bereitgestellt werden können. Für diese Zeit soll der Zinsschein als Notbehelf dienen.

Einstellung des Verkehrs nach Bulgarien und der Türkei.

(E.C.) Infolge der Einstellung des Paketverkehrs nach Bulgarien und der Türkei werden die bei den Grenz-Ausgangs-Postämtern lagernden Pakete nach diesen Ländern ohne Anrechnung von Rücksendungsgebühren nach dem Aufgabort zurückgeleitet. Den Absendern solcher Pakete wird auf Antrag die Freigebühr in voller Höhe erstattet.

Kaffee-Einfuhrhandel.

Am 21. Oktober fand in Hamburg im Beisein eines Vertreters des Reichswirtschaftsamtes die Gründung eines Kaffee-Einfuhrhandels statt. Dieser Verein soll als Selbstverwaltungskörper des Kaffee-Einfuhrhandels die Wirtschaftsstelle für die Uebergangswirtschaft in Kaffee bilden, gemäß der Bundesratsverordnung vom 2. September 1918 über Kolonialwaren. Der Beitritt zu diesem Verein steht allen offen, die vor dem 1. August 1914 Kaffee nach Deutschland eingeführt haben.

Weißkraut.

Das Wachstum des Weißkrautes, das in der schwäbischen Küche eine große Rolle spielt, ist in den letzten Wochen außerordentlich gefördert worden. Der Schaden, den die lange Trockenheit verursacht hat, ist größtenteils wieder Trodnen worden. Mit dem Eintritt der kühlen Nächte hat sich das Kraut weiter gut entwickelt und ist zu starken Köpfen herangewachsen. Die Zufuhr von Kraut aus unsern Waldorten hat be-

gonnen. Im Hausfrauenverein kostet der Zentner 10 M. Die Stadt hat auf dem Bahnhof Kraut zu 9 M den Zentner schon früher verkauft. Wie wir erfahren, wird die Stadt noch mehrere Wagen Kraut sowohl von den Fildern als von Norddeutschland erhalten und auch die Anfuhr in den Hausfrauenverein wird wohl genügend Kraut für die Stadt liefern. Es besteht deshalb kein Grund, auf den Landorten Kraut zu höheren Preisen als in der Stadt aufzukaufen und dadurch die Preise unnötigerweise zu steigern.

(E.C.) Stuttgart, 22. Okt. Da die Grippe immer stärker auftritt, sind hier mehrere Schulen bis auf weiteres geschlossen worden.

(E.C.) Tübingen, 22. Okt. Bei Bebenhausen im sogenannten Hirschgarten wurde, wie die „Südd. Ztg.“ berichtet, am Samstag eine Frau und ihr aus dem Felde auf Urlaub bei ihr weilender Sohn beim Buchelsammeln von einem brünstigen Hirsch angefallen und beide derart zugerichtet, daß ihre sofortige Verbringung in die Klinik nach Tübingen nötig war. Dem Soldaten hat das rasende Tier mit seinem Geweih Löcher in verschiedene Körperteile eingerissen, die ihm jetzt große Schmerzen verursachen. Er schwebt in Lebensgefahr. Seine dabei stehende Mutter hatte so viel Geistesgegenwart, sich dem Hirsch an den Hals zu hängen, um ihn von weiteren Angriffen gegen ihren Sohn abzuhalten; aber auch sie wurde dabei nicht unbeschadet verfehlt. Auf die Hilferufe der beiden kamen nach einiger Zeit weitere Buchelsammler dazu, die den Hirsch durch Bewerfen von Steinen von seinen wilden Angriffen abbrachten.

(E.C.) Heiltingen O. Aalen, 22. Okt. Auf der gestrigen Treibjagd wurde der als Treiber verwendete 13jährige Schwann laut „Spf- und Jagdzeitung“ von einem Schützen durch einen unglücklichen Zufall tödlich getroffen.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Sellmann, Calw. Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Stadtschultheißenamt Calw.
Gemäß oberamtl. Bekanntmachung vom 18. ds. Mts., Calwer Tagblatt Nr. 247 erhält die

fleischverorgungsberechtigte Bevölkerung für die fleischlose Woche vom 21.—27. Oktober auf den Kopf 185 Gramm Mehl.

Dieses Mehl wird hier auf Lebensmittelmarken Nr. 77 ausgegeben. Die Bäcker und Mehlhändler haben die bei ihnen eingehenden A- und B-Marken mit den übrigen Brot- und Mehlmarken dem Kommunalverband abzuliefern.

Die Fleischselbstverföhrer haben auf diese Mehlsulage keinen Anspruch. Soweit die Nr. 77 der Lebensmittelmarken nicht bereits durch die Schutzmannschaft eingezogen ist, haben sie dieselbe beim Stadtschultheißenamt abzuliefern. Für unberechtigten Mehlbezug wird die Fleischselbstverföhrung um eine Woche verlängert.
Calw, den 22. Oktober 1918.

Stadtschultheißenamt: A. B. Dreiß.

Stadtschultheißenamt Calw.

Um eine ordnungsmäßige Durchführung unserer

städtischen Milch-Versorgung zu ermöglichen, wird wiederholt darauf hingewiesen, daß es **verboten ist, unmittelbar von einem Milchhändler oder einem Kuhhalter von hier oder von auswärts Milch zu beziehen.**

Bei Zuwiderhandlungen wird die zu Unrecht bezogene Milch ohne Entschädigung für die Stadtgemeinde beschlagnahmt, auch die zuviel erhaltene Menge an dem Anspruch bei der Verkaufsstelle in Raten von 1/4 Ltr. bis 1 Liter, je nach dem Gesamtanspruch, abgezogen. Außerdem wird Anzeige an das R. Amtsgericht zur Bestrafung gemäß § 8 unserer Bekanntmachung vom 16. ds. Mts., Calwer Tagblatt Nr. 245, sowohl gegen die Milch-Abgeber, wie gegen die Bezieher, erstattet.

Die Schutzmannschaft ist zu strenger Ueberwachung dieser Vorschriften angewiesen. Auch die Herren Ortsvorsteher der umliegenden Bezirksgemeinden und die Landjägermannschaft werden gebeten, gegen das Milchhustern unmissverständlich einzuschreiten.
Calw, den 22. Oktober 1918.

Stadtschultheißenamt: A. B. Dreiß.

Mehrere tüchtige Schreiner für schöne dauernde Arbeit sofort gesucht, **ein Kriegsbeschädigter** der die Maschinen versteht, kann auch eintreten,
J. Kaufmann, mech. Schreinerei, Ludwigsburg, Hofstraße Nr. 5.

Stammheim.
Ein Paar stark. Schaff-Stiere hat zu verkaufen
Johs. Koller, Zimmermstr.

Epehhardt.
Kleineres Läufer-Schwein verkauft
Schnecke.

Singstunde
Heute Mittwoch
Abend 8 Uhr im
Bad. Hof. B.

Vom Krappen bis zur Badstraße
Gelbbentel mit Inhalt
verloren gegangen.

Abgegeben bei
M. Schwarz, Stationsdiener.

Suche für mein erkranktes Mädchen sofort z. Aushilfe

Mädchen oder Frau.
B. Adolff sen.

Zum baldigen Eintritt wird ein tüchtiges

Mädchen das gut bürgerlich kochen kann, in ein besseres Geschäftshaus gesucht.

Zu erfragen bei
Frau Baumwart Kopp,
Lederstraße 90.

Auf 1. November
jüngeres Dienst-Mädchen gesucht.
Ref.-Lazarett Liebenzell.

Suche
zum sofortigen Eintritt ein fleißiges ehrliches
Mädchen für Küche und Hausarbeit.
Näheres in der Geschäftsst. d. Bl.

Georgenäum Calw.
Der auf Mittwoch, den 23. Oktober, festgesetzte
Vortrag muß ausfallen
wegen Erkrankung der Rednerin.
Calw, den 23. Oktober 1918.
Dr. Knobel.

Calw, den 22. Oktober 1918.
Todes-Anzeige.
Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten die überaus schmerzliche Nachricht, daß mein herzenguter Gatte, Vater, Bruder, Schwager und Onkel
Oswald Bögele,
Landwirt,
unerwartet rasch nach nur einigen Tagen schwerer Krankheit sanft entschlafen ist.
Um stille Teilnahme bittet
die trauernde Gattin: **Katharine Bögele**
mit ihren 2 Kindern.
Beerdigung Donnerstag Mittag 2 Uhr.

Miet-Gesuch.
Größere möblierte
Wohnung
oder größere möblierte
ländl. Villa
ab 15. November
zu mieten gesucht.
Schriftliche Angebote erbeten unter Ziffer P. 22 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.
300 Liter guten alten Apfelmöost
verkauft
Georg Röhm, Bauer,
Stammheim.

Verdienst, Nebenerwerb
täglich 5, 10, 20 Mk. und mehr
Verdienst wird Herren, Damen, Frauen, auch älteren Leuten durch leichte Tätigkeit nachgewiesen. Etwas Kapital erforderlich.
Angebote unter Z. W. 160 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.
— Freimarke beilegen. —
Neue und gebrauchte
Näh-Maschinen
aller Art
für Haus, Erwerb und Handwerkern solange noch Vorrat und ist es zu empfehlen sich rechtzeitig einzudecken. Auskunft kostenlos.
Steph. Gerster, Reutlingen.